

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
– Drucksache 20/9312 –**

**Eine interessen- und wertegeleitete Internationalisierung von Wissenschaft
und Hochschulbildung**

- b) **zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/9308 –**

**Rückzug der Bundesregierung aus der internationalen Zusammenarbeit in
Wissenschaft und Forschung stoppen – Deutsche Vermittlerorganisationen
stärken**

- c) **zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Nicole Höchst,
Dr. Götz Frömming, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6991 –**

**Die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler statistisch
erfassen und gegensteuernd tätig werden**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Seit hunderten Jahren seien moderne Wissenschaft und höhere Bildung grenzüberschreitend. Die Internationalisierung von Bildung und Forschung habe sich in der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Weltlage zuletzt jedoch angespannt. Ein Rückgang freiheitlicher und demokratischer Selbstbestimmung lasse sich in vielen Staaten beobachten. Diese Entwicklung sei für Studierende, Forschende und die Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen insgesamt hochproblematisch. Populismus und Wissenschaftsleugnung führten zu Diffamierungen von Personen, Institutionen und Erkenntnissen der Wissenschaft. Autoritäre Staaten versuchten zudem auf legalem, aber auch auf rechtswidrigem Weg über deutsche Wissenschaftseinrichtungen dual-use-fähige Technologien zu beschaffen. Durch „human intelligence“ und Cyber-Angriffe gebe es unlautere Abschöpfungen im Bereich der deutschen Forschungslandschaft. Die Wissenschaftsgemeinschaft werde teilweise über Staatsgrenzen hinweg eingeschüchtert, bedroht, verfolgt und sogar ermordet.

Zu Buchstabe b

Die Prioritätensetzung der aktuellen Bundesregierung schwäche Deutschland im Hinblick auf internationale Partnerschaften zur Lösung von globalen Herausforderungen. Der Fortbestand der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) werde aufgrund der geplanten Kürzungen „langsam gefährdet“. Ebenso sei geplant, den Haushalt des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) im kommenden Jahr zu kürzen. Mit den Kürzungen widerspreche die Regierung dem eigenen Koalitionsvertrag.

Zu Buchstabe c

Eine der entscheidenden Herausforderungen Deutschlands als zukünftiger Forschungsstandort und Industrienation sei die Sicherstellung eines „Brain Gains“. Derzeit gebe es eine hohe Zahl von Auswanderung bei Wissenschaftlern, insbesondere im Bereich der MINT-Disziplinen. Das Vorhaben der Bundesregierung, der bestehenden Talentabwanderung mit der Förderung der Programme wie P.R.I.M.E und GAIN des DAAD, Förderprogrammen der Deutschen Forschungsgemeinschaft wie dem Emmy Noether-Programm oder mit befristeten Forschungsaufenthalten, Stipendien und Alexander von Humboldt-Professuren der Alexander von Humboldt-Stiftung zu begegnen, sei unzureichend.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag solle die Weiterentwicklung der Internationalisierung im Bereich der Bildung und Forschung durch die Bundesregierung begrüßen und die zunehmende Rolle von internationalen Fachkräften anerkennen. Die neue China-Strategie und die Nationale Sicherheitsstrategie integrierten die Bildung und Forschung in das neue sicherheitspolitische Paradigma des „de-risking“. Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, diese Strategien weiterzuentwickeln, Förder- und Werbemaßnahmen für internationale Talente voranzutreiben und die Wahrung und Förderung der Wissenschaftsfreiheit zur Grundmaxime internationaler Forschungsk Kooperationen zu machen.

Annahme des Antrags auf Drucksache 20/9312 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD sowie der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke.

Zu Buchstabe b

Die Bundesregierung solle die internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung strategisch ausbauen und die Arbeit der Mittlerorganisationen wie der AvH und des DAAD entsprechend fördern.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9308 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppen Die Linke und BSW.

Zu Buchstabe c

Förderprogramme und Initiativen, die speziell darauf ausgerichtet sind, ausgewanderte deutsche Forscher, die im Bereich der MINT-Disziplinen tätig sind, für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen sowie qualifizierte ausländische Forscher der entsprechenden Disziplinen anzuwerben, seien erforderlich, um dem derzeitigen Trend entgegenzuwirken. Außerdem müsse man neben der Zahl der abwandernden Hochqualifizierten ebenfalls deren Abwanderungsabsichten statistisch erfassen, um entsprechende Fördermaßnahmen zu entwickeln.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6991 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

Zu Buchstabe c

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/9312 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/9308 abzulehnen;
- c) den Antrag auf Drucksache 20/6991 abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2024

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring

Vorsitzender und Berichterstatter

Ruppert Stüwe
Berichterstatter

Alexander Föhr
Berichterstatter

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Ali Al-Dailami
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ruppert Stüwe, Alexander Föhr, Kai Gehring, Dr. Stephan Seiter, Dr. Marc Jongen, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/9312** in seiner 136. Sitzung am 15. November 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/9308** in seiner 136. Sitzung am 15. November 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/6991** in seiner 136. Sitzung am 15. November 2023 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Anerkennung von Hochschulabschlüssen und akademischen Titeln erfolge mittlerweile weitestgehend überregional. Weltweit werde Wissen durch die grenzüberschreitende Kommunikation verbreitet und validiert. Das habe auch für weltweite Standards und Normierungsprozesse weit über die Wissenschaft hinaus gesorgt. Die Internationale Hochschulbildung und Forschung habe zudem eine zunehmende Bedeutung im nichtwissenschaftlichen Kontext erhalten. Ihre Förderung diene ebenfalls der Standortwerbung und -sicherung, der Bewältigung globaler Herausforderungen, der Pflege außenpolitischer Beziehungen im Sinne einer Wissenschaftsdiplomatie und der Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung der Kapazitäten und nachhaltigen Entwicklung von Staaten des Globalen Südens. Die Bundesregierung habe daher der Internationalisierung einen hohen Stellenwert innerhalb der Bildungs- und Forschungseinrichtungen eingeräumt. Das stärke den Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich zu einem der weltweit gefragtesten Länder für international Studierende und Forschende entwickelt. Globale Herausforderungen, wie die Klimakrise oder Pandemien, bewältige man effektiv mit grenzüberschreitenden Wissenschaftsk Kooperationen und einer dadurch geschaffenen besseren Evidenzlage.

Die Internationalisierung der Bildung und Forschung habe sich durch eine verschlechterte wirtschaftliche und sicherheitspolitische Weltlage angespannt. Ein Rückgang freiheitlicher und demokratischer Selbstbestimmung lasse sich in vielen Staaten feststellen. Diese Entwicklung betreffe ebenfalls die Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Die Bundesregierung habe sich daher einer aktiven Außenwissenschaftspolitik verschrieben, welche die Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit und deren Schutz hochhalte und schwerpunktmäßig menschenrechtsbasierte und transformative Ansätze in der internationalen Zusammenarbeit stärke. Forschungsfreiheit ist im deutschen Grundgesetz verankert und sei ein international anerkanntes Menschenrecht. Der Zugang zu Wissenschaftssystem und Hochschulbildung für Frauen und marginalisierten Gruppen müsse daher ebenfalls ermöglicht werden.

Der Bundestag solle begrüßen:

1. die kontinuierliche Weiterentwicklung und Unterstützung der Bildung und Forschung in ihrer internationalen Ausrichtung, insbesondere die starke institutionelle Grundfinanzierung sowie die Projektförderung der Bundesregierung für internationale Bildungs- und Forschungsaktivitäten;
2. die Weiterentwicklung der „Strategie der Wissenschaftsministerinnen und -minister von Bund und Ländern für die Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland“ unter Einbeziehung relevanter Stakeholder;
3. den hohen Stellenwert, den Bildung und Forschung in den Strategieprozessen der Bundesregierung einnehmen, insbesondere in der Zukunftsstrategie Forschung und Innovation, der Nationalen Sicherheitsstrategie und der China-Strategie. Denn die angespannte geopolitische Lage hat zu einem gestiegenen Bewusstsein und Diskussionen um die Wissenschaftsfreiheit, globale Verantwortung und um Risiken im Kontext internationaler Bildung und Forschung geführt;
4. die zunehmende Anerkennung der Bedeutung internationaler Studierender als „Fachkräfte von morgen“;
5. die zunehmende Anerkennung für die bedeutende Rolle von Bildung und Forschung für die Gewinnung von internationalen Fachkräften und Direktinvestitionen in innovative Unternehmen;
6. dass Wissensressourcen in anderen Staaten und Regionen unterstützt werden und über Wissenschaftsdiplomatie vertrauensvolle Verbindungen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Innovationsunternehmen und die politische wie zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit geknüpft bzw. gepflegt werden;
7. das große Engagement von Bund, Ländern, Studierenden, Forschenden und Mitarbeitenden an den Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Forschungsfördereinrichtungen und insbesondere der Allianz der Wissenschaftsorganisationen, bedrohte, verfolgte und geflüchtete Studierende und Forschende in Deutschland und weltweit zu unterstützen. Die Integration dieser in Not geratenen Personen an den deutschen Bildungs- und Forschungsinstitutionen ist ein Musterbeispiel für wertegeleitete Bildungs- und Forschungspolitik, gelebte Wissenschaftsdiplomatie ebenso wie die Aufrechterhaltung bzw. der Wiederaufbau von Bildungs- und Forschungsinstitutionen im Ausland;
8. die gestiegene Sichtbarkeit deutscher Wissenschaft und Forschung auf internationaler Ebene, u. a. durch den Aufbau der Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser als Plattformen internationaler Zusammenarbeit und deutscher Repräsentation der im Ausland vertretenen deutschen Wissenschaftsorganisationen;
9. den Auf- und Ausbau der Europäischen Hochschulen seit 2019 und die hohe Zahl von inzwischen über 50 deutschen Hochschulen, die sich an den Allianzen beteiligen und durch die jüngste Auswahlrunde noch deutlich mehr geworden sind;
10. die Verdienste des Erasmus+-Programms für die Internationalisierung von Hochschulbildung und Wissenschaft.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, unter Einhaltung der haushälterischen Vorgaben,

Förderung der akademischen Mobilität

1. die Internationalisierung von Hochschulbildung und Forschung im Lichte geopolitisch volatiler Zeiten, Kriege und humanitärer Krisen, grenzüberschreitender Herausforderungen sowie des demographisch bedingten Fachkräftemangels strategisch weiterzuentwickeln;
2. den Ausbau von Mobilitätsmaßnahmen in Hochschulbildung und Forschung, insbesondere Förder- und Werbemaßnahmen für internationale Talente voranzutreiben. Mithin sollen bestehende Programme in diesem Bereich weiterentwickelt werden;
3. insbesondere die Arbeit des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) weiter systematisch zu fördern, ebenso wie die Goethe-Institute;

4. die Visa-Vergaben an den deutschen Botschaften und Konsulaten für Studierende und Akademikerinnen und Akademiker aus Drittstaaten zu entbürokratisieren und zu beschleunigen. Dabei soll im Rahmen des beschleunigten Fachkräfteverfahrens und darüber hinaus die Möglichkeit von beschleunigten Visa-Verfahren für hochqualifizierte Bewerbungen, wie den von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, geprüft werden;
5. im Dialog mit den Ländern darauf hinzuwirken, weiterhin Willkommensinfrastrukturen an Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen einschließlich von Welcome Center zu fördern und auszubauen;
6. dafür Sorge zu tragen, dass deutsche Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen für internationale Talente, Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler als „safe spaces“ – auch im digitalen Raum – anerkannt und geschützt werden. Die Überwachung, Bedrohung und Verfolgung durch autokratische Regierungen und nichtstaatliche Akteure muss verhindert und im Rahmen von Gesprächen gegenüber den verantwortlichen Regierungen thematisiert werden;
7. sich im Dialog mit Ländern und Kommunen für eine Willkommenskultur für internationale Forschende und Studierende auch jenseits des Campus einzusetzen. Das umfasst unter anderem ertüchtigte und digitalisierte Bürgerämter und Ausländerbehörden und mehrsprachig angebotene Amtsdokumente;
8. im Dialog mit den Ländern durch gute Arbeitsbedingungen im akademischen Bereich die Attraktivität des deutschen Wissenschaftsstandorts für ausländische Fachkräfte zu steigern, z. B. für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen und die Möglichkeiten für internationale Dual Career-Paare zu erweitern, sowie transparente und verlässliche Karrierewege zu ermöglichen;
9. Maßnahmen, die auf die Förderung von Vielfalt sowie die Bekämpfung und Prävention von Rassismus, Antisemitismus und Extremismus gerichtet sind, mit Blick auf ihre Bedeutung für die Internationalisierung von Hochschulen weiterzuentwickeln;

Stärkung von Wissenschaftsfreiheit und Resilienz

10. im Dialog mit Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um internationale Wissenschafts- und Forschungskooperationen noch stärker an Menschenrechten, akademischer Selbstbestimmung, Demokratie und Deutschlands strategischen Interessen auszurichten. Überdies muss die Wahrung und Förderung der Wissenschaftsfreiheit eine Grundmaxime internationaler Forschungskooperationen mit deutscher Beteiligung sein;
11. sich für die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in der Wissenschaft und für mehr Repräsentanz und Teilhabe von Frauen und marginalisierten Menschen in Hochschulbildung und Forschung einzusetzen;
12. Hochschulbildungs- und Forschungskapazitäten in Austausch-, Kooperations- und Hochschulmanagementprogrammen mit Staaten und Regionen des Globalen Südens verantwortlich, interessengeleitet und fair auszubauen. Dies dient zu einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem Aufbau weltoffener und leistungsfähiger Wissenschaftssysteme, als auch der Minimierung teilweiser struktureller Abhängigkeit der Forschenden vor Ort gegenüber anderen ausländischen, autokratischen Regierungen;
13. Wissenschaftskooperationen mit Wertepartnerländern voranzutreiben und in diesem Sinne Partnerschaften mit ausgewählten afrikanischen, lateinamerikanischen und asiatischen Ländern auszubauen;
14. im Dialog mit Wissenschaftseinrichtungen und Hochschulen geeignete Maßnahmen, wie etwa Handlungsleitlinien für internationale Kooperationen mit Institutionen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation aus autoritär-regierten Staaten, zu entwickeln bzw. weiterentwickeln. Bei der Überarbeitung der Afrikapolitischen Leitlinien den Schutz der Wissenschaftsfreiheit, die Stärkung der Mobilität, die Entwicklung des Potenzials von Bildung, Forschung und Innovation mit globalen Partnerländern sowie das hierfür erforderliche ressortübergreifende Zusammenwirken in ausreichendem Maße zu berücksichtigen;
15. Hochschulbildungs- und Wissenschaftskompetenz sowie Beratungs- und Informationsangebote durch zusätzliche Personalkapazitäten an deutschen Auslandsvertretungen als wichtige Außenrepräsentanzen des deutschen Bildungs- und Wissenschaftssystems auszubauen und strategisch auszurichten, etwa an den Strategien der Bundesregierung, die einen Bezug zu Forschung und Innovation haben;
16. flexible, schnell greifende und auf Dauer finanzierte Schutzprogramme für bedrohte, verfolgte und geflüchtete Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fortzuführen, weiterzuentwickeln

und die Platzzahlen bedarfsgerecht zu erhöhen. Bestehende Programme in diesem Bereich müssen entbürokratisiert werden;

17. auf eine Ausweitung des Schutzprogrammes „European Fellowship Scheme for Researchers at Risk“ der Europäischen Kommission hinzuwirken;
18. die Ukraine dabei zu unterstützen, ihr Bildungs- und Forschungssystem wiederaufzubauen, im Einklang mit Werten wie Wissenschaftsfreiheit und Transparenz zu reformieren und die Anbindung an den Europäischen Forschungsraum weiter voranzubringen. Dabei sind im Besonderen Maßnahmen zum Ausbau von wissenschaftlichen Kapazitäten sowie digitale Vernetzungsangebote und lokale Infrastrukturmaßnahmen zu prüfen;
19. in Sicherheitsbehörden und Wissenschaftseinrichtungen weiterhin darauf hinzuwirken, dass für Sicherheitsrisiken und hybride Bedrohungen des Bildungs- und Forschungssystems sensibilisiert wird;
20. illegitime Einflussnahme, zum Beispiel mittels Desinformation, und Wissenschaftsspionage als Bedrohung für das Bildungs- und Forschungssystem und den Wirtschaftsstandort Deutschland zu benennen. Weiterhin sind geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention dieser Risiken und Bedrohungen zu entwickeln sowie wo nötig rechtliche Rahmenbedingungen zur Begegnung der Bedrohung zu schaffen. Der bestehende konzertierte Austausch zu konkreten Schutzmaßnahmen unter Einbezug relevanter Forschungsakteure (privat und öffentlich), der Ministerien und nachgeordneter Sicherheitsbehörden – im Sinne der Nationalen Sicherheitsstrategie – sollte fortgesetzt und intensiviert werden;
21. auf Basis einer Bedarfsanalyse gemeinsam mit den Ländern gegebenenfalls ein Konzept für eine neue Akademie nach dem Vorbild der „University in Exile“ der New School in New York zu entwickeln. Dieses Leuchtturmprojekt soll als Akademie in Deutschland auch als Anlaufstelle für international verfolgte und bedrohte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dienen. Bei der Entwicklung dieses Konzepts sind Fragen der institutionellen Gestaltung, der finanziellen Trägerschaft sowie der Position einer solchen Institution in der deutschen Forschungs- und Bildungslandschaft zu berücksichtigen;

Europäische Zusammenarbeit

22. auf eine vertiefte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Forschung und die Stärkung des EU-Rahmenprogramms für Forschung und Innovation hinzuwirken;
23. darauf hinzuwirken, dass die missionsorientierte Forschungsförderung der EU mit den durch die Zukunftsstrategie der Bundesregierung definierten Missionen abgestimmt ist;
24. das Prinzip der Reziprozität in bildungs- und forschungspolitischen Verhandlungen mit anderen Staaten fortzuentwickeln, die mit dem Bildungs- und Forschungsraum in Deutschland und der Europäischen Union kooperieren wollen. Nach der politischen Einigung der EU-Kommission und des Vereinigten Königreichs zur Assoziierung des Vereinigten Königreichs zu Horizont Europa und an Copernicus gilt es nun, die enge Zusammenarbeit wiederzubeleben;
25. darauf hinzuwirken, dass die Europäische Union mit Maßnahmen der Bildungsmobilität und Forschungs- und Innovationsförderungen die politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität neuer EU-Beitritts- und assoziierter Staaten in Süd-, Mittel- und Osteuropa stärkt;
26. im Rahmen des weiteren Auf- und Ausbaus der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) darauf hinzuwirken, dass Vernetzung und Synergien mit ähnlichen Aktivitäten auf europäischer Ebene (European Open Science Cloud) geschaffen werden. Dies betrifft insbesondere auch die Erarbeitung von Standards, die Interoperabilität von Diensten und Services sowie die notwendigen IT-Sicherheitsstandards.

Zu Buchstabe b

Durch die Programme der AvH ermögliche man qualifizierten ausländischen Wissenschaftlern einen Forschungsaufenthalt in Deutschland. Das dadurch entstandene Forschungsnetzwerk habe bis heute eine wesentliche Anzahl von Nobelpreisträgern hervorgebracht. Durch die geplanten Kürzungen der Bundesregierung müsse die AvH mit kurzfristigen Einschnitten bei der Erst- und Alumniförderung reagieren und habe beispielsweise das Bundeskanzler-Stipendium eingestellt. Die Zahl der Stipendiaten habe sich für das Jahr 2024 halbiert und es werde im kommenden Jahr keine neue Bewerberrunde stattfinden.

Vergleichbar sei die Schwächung des DAAD durch die Haushaltskürzungen. Der DAAD sei die weltweit größte Förderorganisation für den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern. Er fördere u. a. die Internationalisierung der deutschen Hochschulen, stärke die deutsche Sprache im Ausland, unterstütze Länder des Globalen Südens beim Aufbau leistungsfähiger Hochschulen und berate in der Bildungs-, Außenwissenschafts- und Entwicklungspolitik.

Der Deutsche Bundestag fordere die Bundesregierung auf,

1. dass sich der Bundeskanzler darum kümmert, geeignete Rahmenbedingungen zur Fortführung des prestigeträchtigen Bundeskanzler-Stipendiums für Nachwuchsführungskräfte der AvH zu schaffen;
2. endlich für Klarheit zu sorgen, ob und wie die Bundesregierung das von der Regierungskoalition gegebene Versprechen einer institutionellen Förderung von DAAD und AvH analog zum Pakt für Forschung und Innovation noch einlösen wird;
3. dem Deutschen Bundestag kurzfristig ein zielgerichtetes Maßnahmenpaket zur Sicherung der auch internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Stipendienhöhe deutscher Vermittlerorganisationen vorzulegen und die Voraussetzungen für eine zügige Umsetzung zu schaffen.

Zu Buchstabe c

Die derzeitige Förderung von Programmen und Initiativen, die einem „Brain-Drain“ entgegenstünden, seien unzureichend. Insbesondere bestehe auch keine sogenannte „Brain Circulation“ im Sinne einer Rückkehrmobilität. Die USA stellten das häufigste Migrationsziel für deutsche Forscher dar. Ein wesentlicher Anteil der Wissenschaftler bliebe in den USA. Förderprogramme und Initiativen, die speziell darauf ausgerichtet sind, ausgewanderte deutsche Forscher, die im Bereich der MINT-Disziplinen tätig sind, für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen sowie qualifizierte ausländische Forscher der entsprechenden Disziplinen anzuwerben, müssten die besonders häufigen Auswanderungsgründe von Wissenschaftlern berücksichtigen. Zu denen zählten insbesondere eine bessere Infrastruktur und das höhere Renommee von Forschungseinrichtungen im Zielland. Voraussetzung für die passende Förderung sei die Erhebung der entsprechenden Daten, die derzeit „blinde Flecken der amtlichen Statistik“ seien. Derzeit entstehe ein Verlust wichtiger Potenziale zum Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands durch die Abwanderung von „Intelligenz und Verstand“.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf,

1. dass die amtliche Statistik über Forschung und Entwicklung künftig Daten über Abwanderungsabsichten sowie über die tatsächliche Abwanderung hochqualifizierter deutscher Wissenschaftler erheben soll, wobei auch die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Forschungsdisziplinen der Wissenschaftler zu erfassen ist sowie
2. Förderprogramme und Initiativen zu entwickeln, die speziell darauf ausgerichtet sind, ausgewanderte deutsche Forscher, die im Bereich der MINT-Disziplinen tätig sind, für eine Rückkehr nach Deutschland zu gewinnen, um einen für Deutschland positiven Wanderungssaldo im Sinne einer Talenzuwanderung/eines „Brain Gain“ zu erreichen. Bei der Entwicklung dieser Förderprogramme und Initiativen sollte eine Kooperation mit Organisationen wie der Dr. Wilhelmy-Stiftung, der Carl-Zeiss-Stiftung oder der German Scholars Organization ins Auge gefasst werden, die die Rückkehr deutscher Wissenschaftler der MINT-Fächer nach Deutschland bereits aktiv fördern. Im Rahmen der Förderprogramme und Initiativen sollten auch die Ehepartner und Kinder der Wissenschaftler unterstützt werden, indem sie bei der Suche nach Arbeitsplätzen sowie bei der Suche nach und der Finanzierung von Wohnungen und Schulplätzen unterstützt werden. In Hinblick auf etwaige Prozessoptimierungen sind die Ergebnisse der Förderprogramme und Initiativen einer jährlichen Evaluation zu unterziehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtiger Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 61. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 70. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 93. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW dessen Annahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 52. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 61. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke sowie bei Abwesenheit der Gruppe BSW dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 52. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktion SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke dessen Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9308 in seiner 61. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie bei Abwesenheit der Gruppen Die Linke und BSW dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/9308 in seiner 76. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU sowie der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppe BSW dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6991 in seiner 71. Sitzung am 13. März 2024 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Anhörung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 64. Sitzung am 21. Februar 2024 eine öffentliche Anhörung zu den Drucksachen 20/9312, 20/9308 und 20/6991 durchgeführt. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Dr. Enno Aufderheide, Alexander von Humboldt-Stiftung, Bonn

Prof. Dr. Angela Ittel-Polatschek, Hochschulrektorenkonferenz

Prof. Dr. Beate Kampmann, Charite Centre for Global Health, Charité – Universitätsmedizin Berlin

Prof. Dr. Katrin Kinzelbach, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Dr. Kai Sicks, Deutscher Akademischer Austauschdienst e. V., Bonn

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller, Universität Heidelberg

Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 64. Sitzung am 21. Februar 2024 verwiesen.

2. Ausschussberatung

Zu den Buchstaben a, b und c

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag auf Drucksache 20/9312 in seiner 63. Sitzung am 17. Januar 2024 erstmalig beraten und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Nach Durchführung der Anhörung am 21. Februar 2024 hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung die Beratung der Vorlagen auf den Drucksachen 20/9312, 20/9308 und 20/6991 abgeschlossen.

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung „Bericht der Bundesregierung zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung 2019 bis 2020“ auf Drucksache 20/45 wurde in die Beratung mit einbezogen.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 20/9312 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD sowie der Gruppe BSW bei Stimmenthaltung der Gruppe Die Linke.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/9308 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD sowie der Gruppen Die Linke und BSW.

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6991 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Gruppen Die Linke und BSW gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Die **SPD-Fraktion** bekräftigt zu Anfang, dass die durchgeführte Anhörung wichtig im Hinblick auf die Bedeutung des Themas „Internationale Wissenschafts- und Forschungspolitik“ gewesen sei und dass es der Koalition ein Anliegen sei, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Sie führt weiter aus, dass auch das EFI-Gutachten sich mit der internationalen Wissenschaftskooperation Deutschlands beschäftige und die daraus hervorgehenden Ergebnisse ermutigend seien. Insbesondere in Zeiten des Wandels müsse man sich mit den damit verbundenen Auswirkungen für Wissenschaft und Forschung beschäftigen.

Die Fraktion erläutert, dass der Antrag anerkenne, dass Wissenschaft und Forschung nur durch das Prinzip der internationalen Vernetzung vorangebracht werden könne und die wesentlichen Probleme unserer Zeit ausschließlich durch den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu lösen seien. Insbesondere müsse daher Wissenschaft überall in Freiheit, Sicherheit und Verantwortung gelebt und ermöglicht werden. Sie führt weiter aus, dass die Forschung mit Blick auf internationale Wissenschaftsbeziehungen im globalen Süden weiterentwickelt werden solle und hierbei insbesondere eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe angestrebt werde.

Die SPD-Fraktion ergänzt, dass der Antrag ebenso das Thema der zunehmenden Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit und der Entwicklung der Resilienz hiergegen behandle. Mit der Freiheit gingen ebenfalls Aspekte der Sicherheit einher, die in der Zusammenarbeit priorisiert würden. Zudem müsse man die Herausforderungen von internationalen Beziehungen im Blick behalten. Als nächstes werde man die Diskussionen und zukünftigen Weichenstellungen innerhalb der EU zu diesen Themen verfolgen.

Die **CDU/CSU-Fraktion** stellt dar, dass die Anhörung gezeigt habe, dass es weiterhin offene Punkte gebe, an denen man arbeiten müsse. Sie zitiert aus dem Kapitel „Internationale Hochschulkooperationen“ auf Seite 23 des Koalitionsvertrags der Koalitionsparteien: „Nie war internationale Kooperation wichtiger“. Diese Einschätzung teile die Fraktion, frage sich aber, was daraus folge. Die CDU/CSU-Fraktion stellt dar, dass die Bundesregierung zwei Mal versucht habe, dem DAAD und der AvH, als die zwei wichtigsten Organisationen für internationale Zusammenarbeit zum Thema Bildung und Forschung, die Mittel zu kürzen. Internationale Vernetzung bedeute Nachhaltigkeit, die über Generationen hinweg Wissenschafts- und Wirtschaftsbeziehungen entwickle. Sie betont, dass durch Kürzungen für einen geringen Nutzen ein enormer Schaden angerichtet werde und die Koalitionsfraktionen den Kürzungsplänen zugestimmt hätten.

Die Fraktion führt weiter aus, dass notwendige Erhöhungen von Stipendien der AvH gering blieben, aus dem vorhandenen Budget finanziert werden müssten und ohnehin nicht ausreichend seien. Insgesamt müsse man den Antrag ablehnen, da dieser, außer der Idee des Aufbaus einer „University in Exile“, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf Anfrage der CDU/CSU-Fraktion bereits abgelehnt habe, keine konkreten Verbesserungsvorschläge beinhalte. Ebenfalls werde man den Antrag der AfD-Fraktion ablehnen, da dieser die internationale Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung verkenne.

Die CDU/CSU-Fraktion richtet die Frage an den Parlamentarischen Staatssekretär (PStS) Dr. Jens Brandenburg hinsichtlich der Ankündigung im Koalitionsvertrag, wonach die Internationalisierungsstrategie weiterentwickelt werden solle. Sie bittet um Auskunft darüber, inwieweit die Strategie vorangeschritten sei und wann mit einer Umsetzung gerechnet werden könne. Ebenfalls habe die Bundesregierung eine Weiterentwicklung der Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung noch für dieses Jahr als Antwort auf die kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion angekündigt. Die Bedeutung und Dringlichkeit dieses Vorhabens sei bereits vor dem Hintergrund der im Februar 2022 ausgerufenen Zeitwende deutlich geworden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führt einleitend aus, dass der Antrag der Koalitionsfraktionen drei zentrale Punkte beinhalte. Zunächst gehe es bei der Förderung von akademischer Mobilität, um die Beschleunigung von Visa-Verfahren. Man müsse gemeinsam mit den Ländern die Willkommensinfrastrukturen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen ausbauen, damit attraktive Arbeitsbedingungen für internationale Fachkräfte und Talente geschaffen werden könnten. Außerdem müsse man weiterhin die Mittelorganisation der Außenwissenschaftspolitik fördern und finanzieren. Bezugnehmend auf den Antrag der CDU/CSU-Fraktion führt sie aus, dass es hinsichtlich des DAAD in den vergangenen Jahren gelungen sei, die 3 Prozent Steigerung pro Jahr zu erreichen. Dies sei leider angesichts der angespannten Haushaltslage in der Aufstellung des Haushalts 2024 bei der AvH sowie den Goethe-Instituten nicht möglich gewesen. Jedoch erwarte man von der CDU/CSU-Fraktion zukünftig zumindest Änderungsanträge im Haushaltsausschuss mit Vorschlägen zur Gegenfinanzierung.

Der zweite zentrale Punkt im Koalitionsantrag sei die Stärkung von Wissenschaftsfreiheit und die Resilienz des Wissenschaftssystems. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei hier die Förderung von Diversity und die bessere Organisation von Geschlechtergerechtigkeit, insbesondere im Hinblick auf die Willkommenskultur, wichtig. Die Fraktion betont, dass die Vertiefung von Wissenschaftskooperation mit Wertepartnerländern und die Ausweitung von Schutzprogrammen von verfolgten und geflüchteten Studierenden sowie Forschenden in der Vergangenheit bereits stattgefunden habe. Sie kritisiert, dass die CDU/CSU-Fraktion die neuen Vorschläge zur „University in Exile“ beanstande, anstatt sich daran zu beteiligen, dieses Universitätskonzept auszuarbeiten, obwohl es hierzu gelungene internationale Vorbilder gebe. Zusätzlich müsse man die Handlungsleitlinien für

internationale Kooperationen mit autoritären Staaten weiterentwickeln. Insbesondere durch den Academic Freedom Index sei deutlich geworden, dass die Wissenschaftsfreiheit in vielen Ländern beschränkt sei und weltweit verschieden ausgelebt werde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hebt hervor, dass nach der Diversifizierung der Wirtschaftskooperationen ebenfalls die Diversifizierung der Wissenschaftskooperationen vorgenommen werden müssten. Sie betont jedoch, dass man zugleich die eigenen Interessen und die Sicherheits- und Schutzinteressen der Kooperationen schützen müsse.

Als dritten zentralen Punkt im Koalitionsantrag bezeichnet die Fraktion den Ausbau der Kooperation mit globalen Partnerländern, mit denen man die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Forschung weiter stärken und vertiefen müsse. Insgesamt gebe der Koalitionsantrag der Neufassung der Internationalisierungsstrategie des BMBF gute Impulse.

Die **AfD-Fraktion** leitet ein, dass Wissenschaft und Forschung schon immer nur international zu denken gewesen seien, weshalb diesbezügliche Bestrebungen zu deren Vertiefung in der internationalen Zusammenarbeit grundsätzlich zu begrüßen seien. Bei der internationalen Zusammenarbeit müsse man sich auf die Partnerländer fokussieren, die die westlichen Wertevorstellungen teilten. Sie führt weiter aus, dass es ebenso selbstverständlich sein müsse, dass man Deutschland vor illegitimer Einflussnahme durch Desinformationen und Wissenschaftsspionage schütze. Die AfD-Fraktion merkt an, dass Wissenschaftsspionage nicht nur von Staaten betrieben werde, die der westlichen Wertegemeinschaft nicht angehörten. Diesbezüglich müsse man wachsam sein.

Daran anknüpfend führt die Fraktion aus, dass man in der Vergangenheit unter dem Begriff der Desinformation legitime und wohlbegründete wissenschaftliche Standpunkte gefasst habe, die nicht dem vertretenen Narrativ der Regierung entsprächen. Beispielhaft sei hierfür „die Corona-Pandemie, die Klimathematik oder die Geschlechterfrage“. Sie bekräftigt, dass die Regierung den Begriff der Desinformation zur Delegitimierung unerwünschter wissenschaftlicher Sichtweisen missbrauche. Die AfD-Fraktion erwarte eine Abkehr dieser wissenschaftsfeindlichen Praxis, ansonsten könne man der Debatte der Regierung um den Begriff der Desinformation nicht folgen. Wissenschaft müsse man vor ideologiegetriebener Manipulation schützen.

Die AfD-Fraktion unterstreicht, dass die im Koalitionsantrag getroffene Feststellung zum Thema internationale Hochschulbildung und Forschung ebenfalls der Pflege außenpolitischer Beziehungen im Sinne der Wissenschaftsdiplomatie diene. Abschließend wirft sie daran anknüpfend die Frage auf, ob die Regierung der Definition von Wissenschaftsdiplomatie als „Aktivitäten mit dem Ziel, auf direktem Wege die nationalen Interessen eines Landes zu fördern“ folge. Diese Definition stelle eine nicht akzeptable Instrumentalisierung der Wissenschaft für politische Interessen dar und stehe einer partnerschaftlichen Wissenschaftskooperation im Wege.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt die Debatte über die Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung, da sie gezeigt habe, wo noch Handlungsbedarf bestehe. Herauszuheben seien die Themen der Visa-Vergabe und der Willkommenskultur, welche im Antrag zum Ausdruck kämen. Sie fügt hinzu, dass das nicht nur für den akademischen Bereich gelte, sondern das Problem sich insgesamt im Rahmen des Fachkräftezuzuges in Deutschland stelle. Sie führt weiter aus, dass es bei der Internationalisierung von Wissenschaft und Hochschulbildung um die internationale Zusammenarbeit zur Lösung globaler Probleme, wie dem Klimawandel oder der weltweiten Armut und nicht um die Durchsetzung von Individualinteressen gehe. Die Fraktion macht darauf aufmerksam, dass insbesondere vor dem Hintergrund der Zeitenwende eine bewusste internationale Forschungszusammenarbeit erforderlich sei. Deutschland müsse im Hinblick auf Fragen der Zusammenarbeit und Methoden überlegt herangehen. Wichtig sei es, den forschenden Akteuren im Umgang mit möglichen Forschungspartnern beratend zur Seite zu stehen. Die Fraktion ergänzt, dass die internationale Wissenschaftsausrichtung sich an den Wertepartnern orientieren müsse, wobei die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit stets elementar sei, da nur eine freie Wissenschaft globale Probleme lösen könne. Jeder einzelne solle sich fragen, wie er denjenigen entgegenrete, die versuchten die Wissenschaftsfreiheit zu beschneiden. Abschließend sei die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit wichtig, da es bereits innerhalb Europas unterschiedliche Ausprägungen der Wissenschaftsfreiheit gebe.

Die **Gruppe Die Linke** lobt, dass der Antrag der Koalition viele wichtige und richtige Punkte nenne, wie den internationalen Fachaustausch, die Entwicklungszusammenarbeit, außenpolitische Beziehungen und die Gewinnung von Fachkräften. Diese wichtigen Punkte seien jedoch nicht konkret genug. Sie führt aus, dass bereits die Anhörung im Februar gezeigt habe, dass Lösungen nicht herausgearbeitet worden seien, eine Nachbesserung fehle jedoch weiterhin. Die Anträge der Opposition böten ebenfalls keine Lösungen, beispielsweise hinsichtlich der Bekämpfung des Engpasses bei den Visa-Vergaben. Die Gruppe hebt hervor, dass zudem das Problem der

fehlenden langfristigen Finanzierungsperspektiven nicht gelöst werde, um den Zerfall der Strukturen zu verhindern. Es gebe kein Konzept für die institutionelle Förderung des DAAD oder der AvH. Die Gruppe lobt dagegen die Pläne zur Verbesserung der Willkommenskultur, da sich diese nach den Befragungsdaten des Sachverständigen Dr. Aufderheide der Alexander von Humboldt-Stiftung auf einem Sinkflug befinde und u.a. auf die Visa-Verfahren und fremdenfeindlichen Vorkommnisse zurückzuführen sei.

Die **Gruppe BSW** leitet ein, dass sie den Antrag der Koalition als widersprüchlich empfinde, insbesondere nutze man den Antrag zur Durchsetzung von Sicherheits- und geopolitischen Interessen. Sie führt weiter aus, dass zu Recht die Forschungsfreiheit als im Grundgesetz verankertes, wichtiges Menschenrecht dargestellt werde und die Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit zu Recht kritisch gesehen werden. Jedoch lasse sich in dem Antrag eine Gegenüberstellung von demokratischen Staaten und sogenannten autoritären Staaten feststellen, die zu einer Blockbildung im Bereich von Bildung und Forschung führe. Auf der einen Seite stünden sogenannte Werte-Partner-Länder und auf der anderen Seite sogenannte autoritäre Staaten. Die Gruppe ergänzt, dass das ein wesentliches Hindernis einer grenzüberschreitenden Kooperation sei. Bezugnehmend auf der im Antrag dargelegten China-Strategie der Bundesregierung betont sie, dass dies eine Abkehr von der Kooperation sei und hier die realen Kräfteverhältnisse zu wenig Beachtung fänden. Sie bekräftigt, dass China derzeit in weiten Teilen in der Hightech-Forschung weltweit führend sei. Es stelle sich daher die Frage, ob das im Koalitionsantrag dargelegte Vorgehen nicht kontraproduktiv sei. Abschließend betont die Gruppe BSW die Problematik für die Herkunftsländer, die mit dem Abgang gut ausgebildeter Akademiker und Fachkräfte nach Deutschland einhergehe. Insbesondere gebe es keine Überlegungen, wie man dieser Problematik entgegenzutreten wolle.

Der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Jens Brandenburg, führt einleitend aus, dass es zwei Internationalisierungsstrategien gebe. Die eine sei die Internationalisierungsstrategie für die deutschen Hochschulen. Das sei eine Strategie des BMBF gemeinsam mit den 16 Wissenschaftsministerien der Länder. Zudem gebe es die Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung in Forschung und Bildung, die beispielsweise auch die außeruniversitären Forschungseinrichtungen umfasse. Das sei allerdings keine BMBF- und Länderstrategie, sondern eine der Bundesregierung insgesamt, die sich im Zuge der Zeitenwende weiterentwickeln werde. Zur Internationalisierungsstrategie des BMBF und der 16 Wissenschaftsministerien der Länder führt er aus, dass diese im Koalitionsvertrag bereits angekündigt und vereinbart wurde. Er stellt dar, dass man mit dem Stakeholder-Prozess begonnen habe, in den die Wissenschaftsorganisationen wichtiges Feedback eingebracht hätten. Mit den Ländern habe man sich im November 2023 auf die Grundzüge und das weitere Vorgehen geeinigt. Er führt weiter aus, dass konstruktive Gespräche geführt würden und man derzeit davon ausgehe, dass man Mitte dieses Jahres das Ergebnis gemeinsam mit den Ländern präsentieren werde können, da jedoch 17 Beteiligte mitwirkten sei man bei der Zeitplanung nicht unabhängig.

Bezugnehmend auf die Ausführungen insbesondere seitens des BSW merkt er an, dass die Strategie erstmals 2013 aufgesetzt worden sei und sich seitdem die Voraussetzungen im Hinblick auf Digitalisierung, den Erfahrungen aus der Pandemie und insbesondere die internationale Lage grundlegend verändert hätten. Nicht Deutschland allein habe seinen Umgang verändert, sondern insbesondere China. Deutschland sei weiterhin in sehr enger Abstimmung innerhalb der Europäischen Union und mit den Wertepartnern weltweit. Er sei darüber erfreut, dass Deutschland inzwischen auf Platz 3 das drittbeliebteste Zielland für internationale Studierende sei. Und daher sei es insbesondere wichtig, dass im Zuge der Internationalisierungsstrategie Fragen der Diversität, Inklusion und Nachhaltigkeit weiter gestärkt werden.

Berlin, den 13. März 2024

Ruppert Stüwe
Berichterstatter

Alexander Föhr
Berichterstatter

Kai Gehring
Berichterstatter

Dr. Stephan Seiter
Berichtersteller

Dr. Michael Kaufmann
Berichtersteller

Nicole Gohlke
Berichterstellerin

Ali Al-Dailami
Berichtersteller

